

**Inkrafttreten
Submissionsgesetz (SubG)**

Das dem fakultativen Referendum unterstehende *Submissionsgesetz (SubG)* wurde am 19. Februar 2004 im Kantonsamtsblatt Nr. 7 auf Seite 653 ff. im Wortlaut publiziert.

Die Referendumsfrist ist am 19. Mai 2004 unbenutzt abgelaufen. Die Regierung hat daher am 25. Mai 2004 beschlossen, das Gesetz auf den 1. Juli 2004 in Kraft zu setzen.

Chur, 10. Juni 2004

Namens der Regierung
Der Präsident: *Klaus Huber*
Der Kanzleidirektor: *Claudio Riesen*

**Entrata in vigore
Legge sugli appalti pubblici (Lap)**

Il testo della *legge sugli appalti pubblici (Lap)*, soggetta a referendum facoltativo, è stato pubblicato il 19 febbraio 2004 a pagina 664 segg. del Foglio ufficiale cantonale n. 7.

Il termine di referendum è scaduto inutilizzato il 19 maggio 2004. Il 25 maggio 2004 il Governo ha dunque deciso di porre in vigore la legge con effetto al 1° luglio 2004.

Coira, 10 giugno 2004

In nome del Governo
Il Presidente: *Klaus Huber*
Il Cancelliere: *Claudio Riesen*

**Entrada en vigor
Lescha da submissiun (Lsub)**

Il text da la *lescha da submissiun (Lsub)* che suttastat al referendum facultativ è vegnì publitgà ils 19 da favrer en il fegl uffizial dal chantun nr. 7 sin la pagina 674 ss.

Il termin da referendum è scadì ils 19 da matg 2004 senza ch'i saja vegnì profità da quel. La regenza ha perquai concludì ils 25 da matg 2004 da metter en vigor la lescha per il 1. da fanadur 2004.

Cuira, ils 10 da zercladur 2004

En num da la regenza
Il president: *Klaus Huber*
Il chancelier: *Claudio Riesen*

Fakultatives Referendum

Ablauf der Referendumsfrist: 19. Mai 2004

Submissionsgesetz (SubG)

vom 10. Februar 2004

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Artikel 5, 9 und 11 des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt (BGBM) vom 6. Oktober 1995 und Artikel 13 der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001 (IVöB), nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom 4. November 2003

beschliesst:

I. Allgemeines

Art. 1

¹ Dieses Gesetz regelt den Vollzug des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens sowie der internationalen und interkantonalen Vereinbarungen über das öffentliche Beschaffungswesen. Zweck

² Dieses Gesetz hat insbesondere zum Zweck:

a) den wirksamen Wettbewerb unter den Anbietern zu fördern;

- b) die Gleichbehandlung aller Anbieter sowie eine unparteiische Vergabe zu gewährleisten;
- c) den wirtschaftlichen Einsatz öffentlicher Mittel zu fördern;
- d) die Transparenz und den Rechtsschutz bei Vergabeverfahren sicherzustellen.

Art. 2

Gleichstellung der Geschlechter

Personen-, Berufs- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz beziehen sich auf beide Geschlechter, soweit sich aus dem Sinn dieses Gesetzes nicht etwas anderes ergibt.

II. Geltungsbereich

Art. 3

Staatsvertragsbereich

Im von Staatsverträgen erfassten Bereich findet dieses Gesetz Anwendung, soweit die hierzu erlassenen internationalen und interkantonalen Vereinbarungen keine oder keine abschliessende Regelung enthalten.

Art. 4

Von Staatsverträgen nicht erfasster Bereich
1. Allgemein

¹ Im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich ist dieses Gesetz anwendbar auf die Vergabe von öffentlichen Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen.

² Als Auftraggeber unterstehen diesem Gesetz der Kanton, die politischen Gemeinden und andere Träger kantonaler oder kommunaler Aufgaben, mit Ausnahme ihrer kommerziellen oder industriellen Tätigkeiten.

Art. 5

2. Sektorunternehmen

¹ Dieses Gesetz findet zudem Anwendung auf Behörden sowie auf öffentliche und private Unternehmen, die mit ausschliesslichen oder besonderen Rechten ausgestattet sind, jeweils in den Sektoren Wasser-, Energie-, Verkehrsversorgung und Telekommunikation.

² Sie unterstehen diesem Gesetz jedoch nur für Aufträge, die sie zur Durchführung ihrer Tätigkeiten in diesen Bereichen vergeben.

³ In den Sektoren tätige private Auftraggeber können sich vom Geltungsbereich befreien lassen, wenn andere Unternehmen die Möglichkeit haben, diese Dienstleistungen in demselben geographischen Gebiet unter im Wesentlichen gleichen Bedingungen anzubieten (Ausklinkklausel).

Art. 6

3. Subventionierter Bereich

¹ Auf andere Einrichtungen und private Personen wird dieses Gesetz angewendet:

- a) wenn öffentliche Gelder ausgerichtet werden, die mehr als die Hälfte der Gesamtkosten des Beschaffungsvorhabens ausmachen;
- b) wenn der Kanton erhebliche Beiträge ausrichtet;
- c) wenn der Subventionsgeber in seiner Beitragszusicherung die Beachtung der Submissionsvorschriften verlangt.

² Die Regierung regelt die Einzelheiten.

Art. 7

¹ Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf Aufträge an Behinderteninstitutionen, Wohltätigkeitseinrichtungen und Strafanstalten sowie auf die Beschaffung von Waffen oder Munition.

4. Ausnahmen

² Aufträge müssen nicht nach diesem Gesetz vergeben werden, wenn:

- a) die öffentliche Ordnung oder Sicherheit gefährdet sind;
- b) der Schutz von Leben und Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzen es erfordert;
- c) Schutzrechte des geistigen Eigentums verletzt werden.

Art. 8

Anbieter aus Staaten, die kein Gegenrecht gewähren, können keine Ansprüche aus diesem Gesetz geltend machen.

Gegenrecht

Art. 9

¹ Vergaben ausserkantonomer Auftraggeber unterstehen grundsätzlich dem Recht am Ort ihres Sitzes. Unterstellt der Auftraggeber die Beschaffung dem Recht am Ort der Leistungserbringung, hat er dies spätestens in den Ausschreibungsunterlagen bekannt zu geben.

Besondere Auftraggeber

² Vergaben, an denen mehrere Auftraggeber beteiligt sind, unterstehen dem Recht am Sitz des Hauptauftraggebers. Abweichende Vereinbarungen bleiben vorbehalten und sind spätestens in den Ausschreibungsunterlagen bekannt zu geben.

III. Grundsätze

Art. 10

¹ Der Auftraggeber stellt im Rahmen einer Selbstdeklaration sicher, dass der Anbieter:

Selbstdeklaration

- a) die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen einhält;
- b) Dritte, denen er Aufträge weitergibt, ebenfalls vertraglich verpflichtet, die Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen einzuhalten;
- c) sämtliche zur Zahlung fälligen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlt hat;
- d) keine Absprachen oder andere wettbewerbsbeeinträchtigende Massnahmen getroffen hat;
- e) sich weder in einem Nachlass- oder Konkursverfahren befindet noch bei ihm in den vergangenen zwölf Monaten eine Pfändung vollzogen worden ist.

² Auf Verlangen hat jeder Anbieter die Richtigkeit der gemachten Angaben nachzuweisen und den Auftraggeber zur Nachprüfung zu bevollmächtigen.

³ Der Auftraggeber kann von einem Anbieter, der sich in einem Nachlassverfahren befindet, vor der Zuschlagserteilung eine angemessene Sicherheit verlangen.

Art. 11

Arbeitsschutz-
bestimmungen
und Arbeits-
bedingungen

¹ Als Arbeitsschutzbestimmungen gelten insbesondere Erlasse über den Arbeitnehmerschutz und über die Unfallversicherung.

² Als Arbeitsbedingungen gelten insbesondere die Vorschriften der Gesamtarbeitsverträge und der Normalarbeitsverträge; wo diese fehlen, gelten die orts- und berufsüblichen Vorschriften.

³ Die spezialgesetzlichen Vollzugsbehörden oder andere von der Regierung bezeichnete Instanzen, insbesondere die paritätischen und tripartiten Kommissionen, kontrollieren die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen sowie die Gleichbehandlung von Mann und Frau. Der Auftraggeber kann diese Behörden und Instanzen jederzeit konsultieren.

Art. 12

Ausstand und
Vorbefassung

¹ Ein Mitglied der Vergabebehörde hat in den Ausstand zu treten, wenn es selbst, sein Ehegatte oder Personen, die zu ihm bis zum dritten Grad verwandt oder verschwägert sind, am Ausgang eines Vergabeverfahrens ein unmittelbares Interesse haben oder wenn andere Umstände es als befangen erscheinen lassen.

² Personen und Unternehmen dürfen sich nicht als Anbieter am Verfahren beteiligen, wenn sie:

- a) die Ausschreibungsunterlagen erstellt haben;
- b) an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens derart mitgewirkt haben, dass sie dadurch einen wesentlichen durch den Auftraggeber nicht ausgleichbaren Wissensvorsprung erlangt haben oder die Vergabe zu ihren Gunsten beeinflussen können.

IV. Vergabeverfahren und besondere Anbieter

Art. 13

Verfahrens-
arten

¹ Es werden folgende Verfahrensarten unterschieden:

- a) Das offene Verfahren, bei dem der Auftraggeber den Auftrag öffentlich ausschreibt und alle Anbieter ein Angebot einreichen können.
- b) Das selektive Verfahren, bei dem der Auftraggeber den Auftrag öffentlich ausschreibt und alle Anbieter einen Antrag auf Teilnahme einreichen können. Der Auftraggeber bestimmt anhand von Eignungskriterien die Anbieter, welche in einer zweiten Phase ein Angebot einreichen dürfen. Der Auftraggeber kann die Zahl der zur Angebotseinreichung einzuladenden Anbieter beschränken, wenn sonst die Auftragsvergabe nicht effizient abgewickelt werden kann. Dabei muss ein wirksamer Wettbewerb gewährleistet sein.
- c) Das Einladungsverfahren, bei dem der Auftraggeber bestimmt, welche Anbieter ohne öffentliche Ausschreibung direkt zur Angebotseinreichung eingeladen werden. Der Auftraggeber muss wenn möglich mindestens drei Angebote einholen.
- d) Das freihändige Verfahren, bei dem der Auftraggeber einen Auftrag ohne Durchführung eines formellen Vergabeverfahrens, insbesondere ohne öffentliche Ausschreibung, direkt vergibt. Das Einholen von Konkurrenzofferten ist zulässig.

² Der Auftraggeber, der einen Planungs- oder Gesamtleistungswettbewerb durchführt, regelt im Rahmen der Grundsätze dieses Gesetzes das Verfahren im Einzelfall. Er kann dabei ganz oder teilweise auf einschlägige Bestimmungen von Fachverbänden verweisen, soweit solche Bestimmungen nicht gegen die Grundsätze dieses Gesetzes verstossen.

Art. 14

¹ Im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich finden folgende Verfahren Anwendung:

Verfahrens-
wahl und
Schwellen-
werte

1. Das offene oder selektive Verfahren bei Vergaben:
 - a) für Aufträge im Bauhauptgewerbe ab 400'000 Franken;
 - b) für Aufträge im Baunebengewerbe ab 150'000 Franken;
 - c) für Lieferaufträge ab 150'000 Franken;
 - d) für Dienstleistungsaufträge ab 250'000 Franken.
2. Das Einladungsverfahren bei Vergaben:
 - a) für Aufträge im Bauhauptgewerbe ab 100'000 und unter 400'000 Franken;
 - b) für Aufträge im Baunebengewerbe ab 50'000 und unter 150'000 Franken;
 - c) für Lieferaufträge ab 50'000 und unter 150'000 Franken;
 - d) für Dienstleistungsaufträge ab 100'000 und unter 250'000 Franken.
3. Das freihändige Verfahren bei Vergaben:
 - a) für Aufträge im Bauhauptgewerbe unter 100'000 Franken;
 - b) für Aufträge im Baunebengewerbe unter 50'000 Franken;
 - c) für Lieferaufträge unter 50'000 Franken;
 - d) für Dienstleistungsaufträge unter 100'000 Franken.

² In Beachtung des übergeordneten Rechts kann die Regierung Anpassungen der Schwellenwerte beschliessen.

³ Die Regierung regelt die Einzelheiten, namentlich die Ausnahmen und die Berechnung des Auftragswertes.

Art. 15

¹ Wird die Bildung von Bietergemeinschaften in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen nicht ausdrücklich ausgeschlossen oder eingeschränkt, können mehrere Unternehmen ein gemeinsames Angebot einreichen.

Bieterge-
meinschaften

² Im Falle von Bietergemeinschaften sind die einzelnen Mitglieder im Angebot genau zu bezeichnen.

³ Jedes einzelne Mitglied der Bietergemeinschaft hat die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen einzuhalten.

⁴ Das Angebot und die Selbstdeklaration sind von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.

Art. 16

¹ Die Untervergabe von Aufträgen darf in der Regel nur mit Zustimmung des Auftraggebers und nur für untergeordnete oder spezielle Leistungen erfolgen. Die charakteristische Leistung des Auftrages hat grundsätzlich der Anbieter zu erbringen.

Unter-
vergaben

² Der Auftraggeber kann vom Anbieter insbesondere folgende Angaben verlangen:

- a) Art und Umfang der Leistungen, die untervergeben werden sollen;
- b) Name und Sitz der an der Ausführung beteiligten Unternehmen;
- c) Nachweis der Eignung dieser Unternehmen.

V. Einreichung und Behandlung der Angebote

Art. 17

Einreichung

¹ Die Angebote sind vollständig ausgefüllt und versehen mit den Unterschriften zu Händen der in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen genannten Stelle einzureichen.

² Sie müssen auf dem Eingabecouvert äusserlich sichtbar mit dem verlangten Vermerk (Stichwort) versehen und innerhalb der angegebenen Frist per Post eingereicht werden.

³ Die Regierung regelt die Einzelheiten und Ausnahmen.

Art. 18

Verbindlichkeit

¹ Angebote können nur während der Eingabefrist durch schriftliche Anzeige zurückgezogen werden.

² Enthalten die Ausschreibungsunterlagen keine Bestimmung über die Dauer der Verbindlichkeit der Angebote, so bleiben diese während sechs Monaten, vom Eingabetermin an gerechnet, verbindlich.

Art. 19

Verbot von Verhandlungen

¹ Verhandlungen zwischen dem Auftraggeber und den Anbietern über Preise, Preisnachlässe und damit zusammenhängende Änderungen des Leistungsinhalts sind unzulässig.

² Im freihändigen Verfahren sind Verhandlungen zulässig.

Art. 20

Eignungskriterien

¹ Der Auftraggeber legt objektive Kriterien und die zu erbringenden Nachweise zur Beurteilung der Eignung der Anbieter fest.

² Die Eignungskriterien betreffen insbesondere die fachliche, finanzielle, wirtschaftliche, technische und organisatorische Leistungsfähigkeit der Anbieter.

³ Der Auftraggeber berücksichtigt bei der Festlegung der Eignungskriterien und der zu erbringenden Nachweise die Art und den Umfang des Auftrages.

Art. 21

Zuschlagskriterien

¹ Das wirtschaftlich günstigste Angebot erhält den Zuschlag.

² Es können insbesondere Kriterien wie Qualität, Preis, Erfahrung, Zweckmässigkeit, Termine, technischer Wert, Ästhetik, Betriebskosten, Nachhaltigkeit, Kreativität, Kundendienst, Infrastruktur und Lehrlingsausbildung berücksichtigt werden.

³ Der Auftraggeber gibt in der Ausschreibung oder in den Ausschreibungsunterlagen die zur Anwendung gelangenden Zuschlagskriterien mit ihrer Gewichtung oder der Reihenfolge ihrer Bedeutung bekannt.

⁴ Der Zuschlag für weitgehend standardisierte Beschaffungen kann ausschliesslich nach dem Kriterium des niedrigsten Preises erfolgen. Dies ist grundsätzlich auch dann anzunehmen, wenn der Auftraggeber den Anbietern keine Zuschlagskriterien bekannt gegeben hat.

Art. 22

Ein Angebot wird von der Berücksichtigung insbesondere dann ausgeschlossen, wenn der Anbieter:

Ausschlussgründe

- a) die verlangte Adresse oder den Vermerk (Stichwort) auf dem Eingabecouvert nicht oder nicht korrekt anbringt oder die Eingabefristen nicht einhält;
- b) ein Angebot oder eine Selbstdeklaration einreicht, die seine Unterschrift oder – im Falle einer Bietergemeinschaft – die der weiteren Vertragspartner nicht oder nicht vollständig enthalten;
- c) ein Angebot einreicht, das unvollständig ist oder den Anforderungen der Ausschreibung nicht entspricht;
- d) die geforderten Eignungskriterien nicht oder nicht mehr erfüllt;
- e) dem Auftraggeber falsche Auskünfte erteilt oder das Selbstdeklarationsblatt nicht wahrheitsgetreu ausgefüllt hat;
- f) Steuern oder Sozialabgaben nicht bezahlt hat;
- g) den massgeblichen Bestimmungen betreffend Arbeitsschutz und Arbeitsbedingungen nicht nachkommt oder das Gebot der Gleichbehandlung von Mann und Frau missachtet;
- h) Abreden getroffen hat, die den wirksamen Wettbewerb beseitigen oder erheblich beeinträchtigen;
- i) sich nicht an Vorschriften über den Umweltschutz hält;
- j) andere Aufträge nicht fachgemäss oder fristgerecht ausgeführt hat beziehungsweise weiterhin Anlass zu Beanstandungen gibt;
- k) sich in einem Konkursverfahren befindet oder gegen ihn in den letzten 12 Monaten eine Pfändung vollzogen wurde;
- l) im Zusammenhang mit der Erfüllung von anderen Aufträgen strafrechtlich verurteilt worden ist;
- m) an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens im Sinne von Artikel 12 Absatz 2 mitgewirkt hat.

Art. 23

¹ Der Zuschlag ist kurz zu begründen und mit Rechtsmittelbelehrung gleichzeitig allen Anbietern zu eröffnen.

² Der Auftraggeber kann die Mitteilungsbefugnis intern delegieren.

³ Im Staatsvertragsbereich veröffentlicht der Auftraggeber spätestens 72 Tage nach dem Zuschlag eine Bekanntmachung, die mindestens im kantonalen Amtsblatt zu erscheinen hat. Diese Mitteilung enthält folgende Angaben:

Eröffnung
des
Zuschlages

- a) Art des angewandten Verfahrens;
- b) Gegenstand und Umfang des Auftrages;
- c) Name und Adresse des Auftraggebers;
- d) Datum des Zuschlages;
- e) Name und Adresse des berücksichtigten Anbieters;
- f) Preis des berücksichtigten Angebotes.

Widerruf,
Abbruch und
Wiederho-
lung

Art. 24

¹ Der Zuschlag kann aus wichtigen Gründen, insbesondere unter den Voraussetzungen von Artikel 22, widerrufen werden.

² Der Auftraggeber kann das Verfahren aus wichtigen Gründen abbrechen.

³ Das Verfahren kann wiederholt werden, wenn namentlich:

- a) kein Angebot eingereicht wurde, das die in der Ausschreibung und in den Ausschreibungsunterlagen festgelegten Kriterien oder Anforderungen erfüllt;
- b) aufgrund veränderter Rahmenbedingungen günstigere Angebote zu erwarten sind;
- c) die eingereichten Angebote keinen wirksamen Wettbewerb garantieren;
- d) eine wesentliche Änderung der nachgefragten Leistung erforderlich wird;
- e) die gültigen Angebote den Kostenrahmen erheblich sprengen.

⁴ Der Widerruf, der Abbruch oder die Wiederholung des Verfahrens sind nach den Vorschriften über die Eröffnung des Zuschlages bekannt zu machen.

VI. Rechtsschutz

Art. 25

Beschwerde

¹ Gegen Verfügungen des Auftraggebers kann Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben werden.

² Als durch Beschwerde selbständig anfechtbare Verfügungen gelten:

- a) die Ausschreibung des Auftrages;
- b) der Entscheid über die Auswahl der Teilnehmer im selektiven Verfahren;
- c) der Zuschlag und der Ausschluss vom Verfahren;
- d) der Widerruf, der Abbruch und die Wiederholung des Verfahrens.

³ Beschaffungen, die gemäss Artikel 14 Absatz 1 Ziffer 3 im freihändigen Verfahren erfolgen, sind nicht anfechtbar.

Art. 26

Beschwerde-
verfahren

¹ Beschwerden sind schriftlich und begründet innert zehn Tagen seit Eröffnung der Verfügung einzureichen.

² Das Verfahren soll möglichst rasch durchgeführt werden. Die richterlichen Fristen dürfen nur aus triftigen Gründen und in der Regel nur einmal erstreckt werden. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des beschleunigten Verfahrens gemäss Zivilprozessordnung sinngemäss.

³ Die Vorschriften über die Gerichtsferien finden keine Anwendung.

Art. 27

Beschwerde-
gründe

¹ Mit der Beschwerde können gerügt werden:

- a) Rechtsverletzungen, einschliesslich Überschreitung oder Missbrauch des Ermessens;
- b) unrichtige oder unvollständige Feststellung des rechtserheblichen Sachverhalts.

² Die Rüge der Unangemessenheit ist ausgeschlossen.

Art. 28

¹ Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Aufschieben-
de Wirkung

² Das Verwaltungsgericht kann auf Gesuch oder von Amtes wegen die aufschiebende Wirkung erteilen, wenn die Beschwerde als ausreichend begründet erscheint und keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen.

³ Wird die aufschiebende Wirkung auf Gesuch des Beschwerdeführers angeordnet und kann sie zu einem bedeutenden Nachteil führen, so kann der Beschwerdeführer innerhalb nützlicher Frist zur Leistung von Sicherheiten für die Verfahrenskosten und mögliche Parteientschädigungen verpflichtet werden. Wird die Sicherheit nicht fristgerecht geleistet, wird der Entscheid über die aufschiebende Wirkung hinfällig.

⁴ Der Beschwerdeführer ist verpflichtet, den durch seine Handlungen in absichtlicher oder grobfahrlässiger Weise entstandenen Schaden aus der aufschiebenden Wirkung zu ersetzen.

Art. 29

¹ Ist der Vertrag noch nicht abgeschlossen, kann das Verwaltungsgericht die Aufhebung der Verfügung beschliessen und in der Sache selbst entscheiden oder sie an den Auftraggeber mit oder ohne verbindliche Anordnungen zurückweisen.

Beschwerde-
entscheid

² Ist der Vertrag bereits abgeschlossen und erweist sich die Beschwerde als begründet, stellt das Verwaltungsgericht fest, dass die Verfügung rechtswidrig ist.

Art. 30

¹ Der Auftraggeber haftet für den Schaden, den er durch einen Entscheid verursacht hat, dessen Rechtswidrigkeit vom Verwaltungsgericht festgestellt worden ist.

Schadener-
satz

² Sofern ein vorzeitiger Vertragsabschluss zulässig ist, beschränkt sich die Haftung auf Aufwendungen, die dem Anbieter im Zusammenhang mit dem Vergabe- und Rechtsmittelverfahren erwachsen sind.

³ Das Schadenersatzbegehren ist spätestens ein Jahr nach Feststellung der Rechtswidrigkeit einzureichen.

⁴ Die Zuständigkeit und das Verfahren richten sich nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung.

VII. Sanktionen

Art. 31

¹ Die Regierung und die gemäss Spezialerlassen bezeichneten Behörden sind zuständig zur Entgegennahme von Anzeigen seitens der Arbeitnehmer, von paritätischen Kommissionen oder von anderen Kontrollorganen.

Verletzung
arbeitsrecht-
licher Vor-
schriften

² Bei schwerwiegenden Widerhandlungen gegen die Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen oder gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau kann die Regierung oder die gemäss Spezialerlassen bezeichnete Behörde den fehlbaren Anbieter verwarnen oder für die Dauer von bis zu fünf Jahren von künftigen Vergaben ausschliessen.

³ Soweit keine anderen spezialgesetzlichen Regelungen bestehen, kann dieser Entscheid innert 20 Tagen mittels Rekurs beim Verwaltungsgericht angefochten werden.

⁴ Das Departement führt eine Liste der vom öffentlichen Beschaffungswesen ausgeschlossenen Anbieter. Diese Liste ist den Auftraggebern sowie den Kontrollorganen zugänglich und gibt Auskunft über die Dauer der Sperre.

⁵ Andere Behörden, die vergaberechtliche Sanktionen gegen ein Unternehmen wegen Verletzungen der Arbeitsschutzbestimmungen oder Arbeitsbedingungen aussprechen, stellen dem mit dem Vollzug der Submissionsvorschriften betrauten Departement eine Kopie des entsprechenden Entscheides zu.

Art. 32

Falsche
Selbst-
deklaration

¹ Der Auftraggeber kann gegen Anbieter, die wahrheitswidrige Angaben in der Selbstdeklaration gemacht und den Zuschlag erhalten haben, einschreiten durch:

- a) Entzug des erteilten Auftrages und vorzeitige Vertragsauflösung;
- b) Auferlegung einer in den Ausschreibungsunterlagen oder vertraglich vorgesehenen Konventionalstrafe von bis zu 10 Prozent der bereinigten Angebotssumme;
- c) Ausschluss für eine Dauer von maximal fünf Jahren bei künftigen Beschaffungen.

² Weitere rechtliche Schritte gegen die fehlbaren Anbieter bleiben vorbehalten.

Art. 33

Entzug von
Beiträgen

Widerhandlungen gegen die Vergabebestimmungen durch subventionierte Auftraggeber können durch den ganzen oder teilweisen Entzug der Subvention geahndet werden.

VIII. Statistik

Art. 34

Statistik-
pflicht

¹ Jeder Auftraggeber teilt seine im Staatsvertragsbereich vergebenen Aufträge dem für den Vollzug dieses Gesetzes zuständigen Departement mit.

² Im von Staatsverträgen nicht erfassten Bereich sind sämtliche Aufträge, die im offenen und selektiven Verfahren sowie im Einladungsverfahren vergeben werden, dem für den Vollzug zuständigen Departement mitzuteilen. Gleichermassen sind alle Aufträge im freihändigen Verfahren zu melden, deren Vergabesumme 50'000 Franken übersteigt oder die aufgrund einer Ausnahmeregelung vergeben werden.

³ Die Statistik enthält mindestens folgende Angaben:

- a) Name und Anschrift des Auftraggebers;
- b) Gegenstand und Umfang des Auftrages;
- c) Auftragsart;
- d) gewählte Verfahrensart;
- e) Name, Adresse und Herkunft des berücksichtigten Anbieters;
- f) Preis des berücksichtigten Angebotes;
- g) Datum des Zuschlages.

⁴ Das Departement erstellt jährlich eine Statistik und leitet diese den interessierten Kreisen weiter.

IX. Schlussbestimmungen

Art. 35

¹ Die Regierung erlässt die Ausführungsbestimmungen.

Vollzug

² Sie bezeichnet das Departement, welches für die Aus- und Weiterbildung von Submissionsverantwortlichen im Kanton, das Führen der Statistik sowie für die Erarbeitung einheitlicher Grundlagen und für die Auskunftserteilung zuständig ist.

Art. 36

¹ Es werden aufgehoben:

Aufhebung
bisherigen
Rechts

- a) das Submissionsgesetz vom 7. Juni 1998;
- b) die Ziffern 2 bis 5 des Beitrittsbeschlusses des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 25. November 1994.

² Verweisen geltende Erlasse auf Bestimmungen, welche mit diesem Gesetz oder den dazugehörigen Vollzugsbestimmungen im Widerspruch stehen, so finden die entsprechenden Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung.

Art. 37

Alle Aufträge, welche im Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Gesetzes bereits ausgeschrieben beziehungsweise den Anbietern zur Offertstellung unterbreitet worden sind, werden nach bisherigem Recht behandelt.

Übergangs-
recht

Art. 38

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

Referendum
und In-Kraft-
Treten

² Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Gesetzes.

Namens des Grossen Rates
Präsident: *Hans Telli*
Kanzleidirektor: *Claudio Riesen*

Datum der Veröffentlichung: 19. Februar 2004

Ablauf der Referendumsfrist: 19. Mai 2004

Referendum facoltativo

Scadenza del termine di referendum: 19 maggio 2004

Legge sugli appalti pubblici (Lap)

del 10 febbraio 2004

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

ai sensi degli articoli 5, 9 e 11 della Legge federale sul mercato interno (LMI) del 6 ottobre 1995 e dell'articolo 13 del Concordato intercantonale sugli appalti pubblici del 15 marzo 2001 (CIAP),
dopo aver preso visione del messaggio del Governo del 4 novembre 2003

decide:

I. Disposizioni generali

Art. 1

Scopo

¹ La presente legge disciplina l'esecuzione della Legge federale sul mercato interno nell'ambito degli appalti pubblici nonché degli accordi internazionali ed intercantionali sugli appalti pubblici.

² La presente legge persegue in particolare i seguenti obiettivi:

- a) promuovere un'efficace concorrenza tra gli offerenti;
- b) garantire la parità di trattamento tra tutti gli offerenti, nonché un'aggiudicazione imparziale;
- c) incentivare l'impiego economico delle risorse finanziarie pubbliche;
- d) garantire la trasparenza e la protezione giuridica nelle procedure di aggiudicazione.

Art. 2

Parificazione
dei sessi

Le designazioni di persone, professioni e funzioni nella presente legge si riferiscono ad entrambi i sessi, se non risulta diversamente dal senso della presente legge.

II. Campo d'applicazione

Art. 3

Settore dei
trattati
internazionali

Nel settore contemplato dai trattati internazionali la presente legge trova applicazione, nella misura in cui gli accordi internazionali ed intercantionali emanati al proposito non contengano alcuna regolamentazione o contengano una regolamentazione non conclusiva.

Art. 4

Settore non
contemplato
dai trattati

¹ Nel settore non contemplato dai trattati internazionali la presente legge è applicabile all'aggiudicazione di commesse edili, di forniture e di prestazioni di servizio.

² Alla presente legge sottostanno, quali committenti, il Cantone, i comuni politici e altri enti preposti a compiti cantonali o comunali, ad eccezione delle loro attività commerciali o industriali.

internazionali
1. In generale

Art. 5

¹ La presente legge trova inoltre applicazione ad autorità nonché ad imprese pubbliche e private dotate di diritti esclusivi o particolari, nei settori dell'approvvigionamento idrico ed energetico, dei trasporti e delle telecomunicazioni.

2. Imprese
settoriali

² Esse sottostanno alla presente legge unicamente per commesse da esse aggiudicate per svolgere le loro attività in questi settori.

³ Committenti privati attivi nei settori possono farsi escludere dal campo d'applicazione, se altre imprese hanno la possibilità di offrire le stesse prestazioni di servizio all'interno della stessa area geografica a condizioni essenzialmente identiche (clausola d'esclusione).

Art. 6

¹ La presente legge viene applicata ad altre istituzioni e privati:

3. Settore
sovvenzionato

- a) se vengono corrisposti mezzi finanziari pubblici che superano la metà delle spese complessive del progetto di appalto;
- b) se il Cantone versa sussidi considerevoli;
- c) se il sovvenzionatore, con la sua garanzia di sussidio, esige l'osservanza delle prescrizioni sugli appalti pubblici.

² Il Governo disciplina i dettagli.

Art. 7

¹ La presente legge non è applicabile a commesse assegnate ad istituti per portatori di handicap, istituti di beneficenza e istituti di pena, nonché all'acquisto di armi o munizioni.

4. Eccezioni

² Le commesse non devono essere aggiudicate conformemente alla presente legge se:

- a) sono in pericolo l'ordine pubblico o la sicurezza pubblica;
- b) ciò si rivela necessario per la tutela della salute e la vita dell'uomo, degli animali e dei vegetali;
- c) si violano i diritti inerenti la tutela della proprietà intellettuale.

Art. 8

Offerenti provenienti da Stati che non garantiscono la reciprocità non possono far valere diritti concessi dalla presente legge.

Reciprocità

Art. 9

¹ Le aggiudicazioni di commesse di un committente che non ha sede o domicilio nel Cantone sottostanno in linea di principio al diritto del luogo della sua sede. Se il committente sottopone l'appalto al diritto del luogo della prestazione, lo deve rendere noto al più tardi nella documentazione di gara.

Committenti
particolari

² Le aggiudicazioni, a cui partecipano diversi committenti, sottostanno al diritto del luogo di sede del committente principale. Rimangono riservati accordi deroganti che vanno resi noti al più tardi nella documentazione di gara.

III. Principi

Art. 10

Autocertificazione

¹ Il committente assicura nel quadro di un'autocertificazione che l'offerente:

- a) rispetti le vigenti disposizioni in materia di protezione dei lavoratori e le condizioni di lavoro;
- b) obblighi, mediante contratto, anche terzi ai quali affida commesse, ad osservare le disposizioni in materia di protezione dei lavoratori e le condizioni di lavoro;
- c) abbia pagato tutte le imposte e tutti i contributi esigibili alle assicurazioni sociali;
- d) non abbia concluso accordi o preso altri provvedimenti pregiudicanti la concorrenza;
- e) non si trovi in una procedura di concordato o fallimentare e nemmeno sia stato eseguito, contro di lui, un pignoramento negli ultimi dodici mesi.

² Su richiesta ogni offerente deve comprovare l'esattezza delle indicazioni fornite e autorizzare il committente alla verifica.

³ Il committente può richiedere una garanzia adeguata ad un offerente che si trova in una procedura concordataria, prima dell'aggiudicazione dell'appalto.

Art. 11

Disposizioni in materia di protezione dei lavoratori e condizioni di lavoro

¹ Sono considerati disposizioni in materia di protezione dei lavoratori in particolare atti normativi sulla protezione dei lavoratori e sull'assicurazione contro gli infortuni.

² Sono considerate condizioni di lavoro in particolare le prescrizioni dei contratti collettivi di lavoro e dei contratti normali di lavoro; laddove questi mancano, fanno stato le prescrizioni locali e professionali usuali.

³ Le autorità esecutive previste da leggi speciali o altre istanze designate dal Governo, in particolare le commissioni paritetiche e tripartite, controllano l'osservanza delle disposizioni in materia di protezione dei lavoratori e delle condizioni di lavoro, nonché la parità di trattamento della donna e dell'uomo. Il committente può consultare in ogni momento queste autorità e istanze.

Art. 12

Ricusa e incompatibilità

¹ Un membro dell'autorità aggiudicante deve recusarsi nel caso in cui egli stesso, il proprio coniuge o persone imparentate o affini con lui fino al terzo grado, abbiano un interesse immediato all'esito di una procedura di aggiudicazione oppure se altre circostanze lo fanno apparire prevenuto.

² Persone e imprese non possono partecipare quali offerenti alla procedura, se:

- a) hanno preparato la documentazione di gara;
- b) hanno collaborato alla preparazione della procedura di aggiudicazione in misura tale da aver beneficiato di un considerevole vantaggio non compensabile dal committente oppure da poter influire sull'aggiudicazione a proprio favore.

IV. Procedure di aggiudicazione e offerenti speciali

Art. 13

¹ Si distinguono i seguenti tipi di procedura:

Tipi di
procedura

- a) Il pubblico concorso, con cui il committente mette pubblicamente a concorso la commessa e tutti gli offerenti possono presentare un'offerta.
- b) La procedura selettiva, con cui il committente mette pubblicamente a concorso la commessa e tutti gli offerenti possono presentare una domanda di partecipazione. Il committente stabilisce, in base a criteri di idoneità, gli offerenti che in una seconda fase possono inoltrare un'offerta. Il committente può limitare il numero degli offerenti invitati a presentare un'offerta, nel caso in cui altrimenti l'aggiudicazione della commessa non possa svolgersi in modo efficiente. Una concorrenza efficace deve essere garantita.
- c) La procedura a invito, nella quale il committente stabilisce quali offerenti sono direttamente invitati a presentare un'offerta, senza bando di concorso. Il committente deve richiedere, se possibile, almeno tre offerte.
- d) L'incarico diretto, con cui il committente aggiudica una commessa direttamente senza avviare una procedura formale di aggiudicazione, in particolare senza bando di concorso. La richiesta di offerte concorrenti è ammissibile.

² Il committente che indice un concorso di progettazione o per prestazioni globali, stabilisce la procedura caso per caso conformemente ai principi della presente legge. Al riguardo, il committente può rinviare in tutto o in parte alle disposizioni pertinenti di associazioni specializzate, sempre che simili disposizioni non siano contrarie ai principi della presente legge.

Art. 14

¹ Nel settore non contemplato dai trattati internazionali trovano applicazione le seguenti procedure:

Scelta della
procedura e
valori soglia

- 1. Il pubblico concorso o la procedura selettiva in caso di aggiudicazioni:
 - a) per commesse nell'edilizia principale a partire da 400'000 franchi;
 - b) per commesse nell'edilizia secondaria a partire da 150'000 franchi;
 - c) per commesse di forniture a partire da 150'000 franchi;
 - d) per commesse di prestazione; di servizio a partire da 250'000 franchi.
- 2. La procedura a invito in caso di aggiudicazioni:
 - a) per commesse nell'edilizia principale a partire da 100'000 e inferiori a 400'000 franchi;
 - b) per commesse nell'edilizia secondaria a partire da 50'000 e inferiori a 150'000 franchi;
 - c) per commesse di forniture a partire da 50'000 e inferiori a 150'000 franchi;
 - d) per commesse di prestazioni di servizio a partire da 100'000 e inferiori a 250'000 franchi.
- 3. La procedura per incarico diretto in caso di aggiudicazioni:
 - a) per commesse nell'edilizia principale inferiori a 100'000 franchi;
 - b) per commesse nell'edilizia secondaria inferiori a 50'000 franchi;
 - c) per commesse di forniture inferiori a 50'000 franchi;
 - d) per commesse di prestazioni; di servizio inferiori a 100'000 franchi.

² In osservanza del diritto di rango superiore, il Governo può decretare adeguamenti dei valori soglia.

³ Il Governo disciplina i dettagli, segnatamente le eccezioni e il calcolo del valore delle commesse.

Art. 15

Consorzi di offerenti

¹ Se la costituzione di consorzi di offerenti non viene esplicitamente esclusa o limitata nell'avviso di gara o nella documentazione di gara, più imprese possono inoltrare un'offerta comune.

² In caso di consorzi di offerenti, i singoli membri devono essere designati precisamente nell'offerta.

³ Ogni singolo membro del consorzio di offerenti deve osservare le disposizioni in materia di protezione dei lavoratori e le condizioni di lavoro vigenti.

⁴ L'offerta e l'autocertificazione devono essere firmate da tutti i membri del consorzio di offerenti.

Art. 16

Subappalti

¹ Il subappalto di commesse può di regola avvenire unicamente con l'approvazione del committente e soltanto per prestazioni secondarie o speciali. In linea di principio l'offerente deve fornire la prestazione caratteristica della commessa.

² Il committente può pretendere dall'offerente in particolare le seguenti indicazioni:

- a) natura e entità delle prestazioni previste per un subappalto;
- b) nome e sede delle imprese che partecipano all'esecuzione della commessa;
- c) prova dell'idoneità di queste imprese.

V. Inoltro e trattamento delle offerte

Art. 17

Inoltro

¹ Le offerte devono essere inoltrate debitamente compilate e firmate all'attenzione dell'ufficio designato nell'avviso di gara o nella documentazione di gara.

² Esse devono essere munite all'esterno in modo visibile dell'intestazione richiesta (dicitura) e vanno inoltrate per posta entro il termine stabilito.

³ Il Governo disciplina i dettagli e le eccezioni.

Art. 18

Validità

¹ Le offerte possono essere ritirate solo entro il termine d'inoltro mediante comunicazione scritta.

² Se la documentazione di gara non contiene alcuna disposizione in merito alla durata di validità delle offerte, queste rimangono vincolanti durante sei mesi a contare dal termine d'inoltro.

Art. 19

Divieto di negoziazione

¹ È vietata qualsiasi trattativa tra committente e offerenti circa prezzi, riduzioni del prezzo e modifiche del contenuto delle prestazioni in questo contesto.

² Nella procedura per incarico diretto sono ammesse le trattative.

Art. 20

¹ Il committente stabilisce criteri oggettivi e le prove da apportare per la valutazione dell'idoneità degli offerenti.

Criteri
d'idoneità

² I criteri d'idoneità concernono in particolare la capacità specialistica, finanziaria, economica, tecnica ed organizzativa degli offerenti.

³ Nella determinazione dei criteri d'idoneità e delle prove richieste il committente tiene in considerazione la natura e l'entità della commessa.

Art. 21

¹ L'offerta economicamente più vantaggiosa ottiene l'aggiudicazione.

Criteri di
aggiudica-
zione

² Possono essere tenuti in considerazione in particolare criteri quali la qualità, il prezzo, la funzionalità, i termini, il valore tecnico, l'estetica, i costi d'esercizio, la continuità, la creatività, il servizio clientela, l'infrastruttura e la formazione di apprendisti.

³ Il committente rende noti nell'avviso di gara o nella documentazione di gara i criteri di aggiudicazione che trovano applicazione, indicando il loro valore relativo o l'ordine della loro importanza.

⁴ L'aggiudicazione di appalti ampiamente standardizzati può avvenire esclusivamente secondo il criterio del minor prezzo. Ciò va sostanzialmente presunto anche quando il committente non ha reso noto agli offerenti alcun criterio di aggiudicazione.

Art. 22

Un'offerta viene esclusa dall'aggiudicazione segnatamente se l'offerente:

Motivi di
esclusione

- a) non appone o non appone correttamente sulla busta d'invio l'indirizzo o l'intestazione (dicitura) richiesti oppure non rispetta i termini d'invio;
- b) presenta un'offerta oppure un'autocertificazione che non contiene oppure che contiene in modo incompleto la sua firma o, nel caso di un consorzio di offerenti, degli altri consorziati;
- c) inoltra un'offerta incompleta o che non corrisponde ai requisiti dell'avviso di gara;
- d) non soddisfa o non soddisfa più i criteri d'idoneità richiesti;
- e) ha fornito al committente informazioni false oppure ha compilato l'autocertificazione in modo non veritiero;
- f) non ha pagato le imposte o gli oneri sociali;
- g) non rispetta le disposizioni determinanti in materia di protezione dei lavoratori e le condizioni di lavoro oppure il precetto della parità di trattamento tra uomo e donna;
- h) ha stipulato accordi che eludono o pregiudicano considerevolmente un'efficace concorrenza;
- i) non si attiene a disposizioni sulla protezione dell'ambiente;
- j) ha eseguito altre commesse non a regola d'arte oppure senza rispettare i termini prescritti, rispettivamente se continua a dare adito a reclami;
- k) si trova in una procedura fallimentare oppure se negli ultimi 12 mesi contro di lui è stato eseguito un pignoramento;
- l) in relazione all'evasione di altre commesse ha subito una condanna penale;

m) ha partecipato alla preparazione della procedura di aggiudicazione ai sensi dell'articolo 12 capoverso 2.

Art. 23

Notifica
dell'aggiu-
dicazione

¹ L'aggiudicazione va brevemente motivata e notificata contemporaneamente a tutti gli offerenti, munita dell'avvertimento circa i mezzi d'impugnazione.

² Il committente può delegare internamente la competenza della comunicazione.

³ Nel settore dei trattati internazionali il committente pubblica entro al massimo 72 giorni dall'aggiudicazione un avviso, il quale deve apparire almeno sul Foglio ufficiale cantonale. Tale avviso deve contenere le seguenti indicazioni:

- a) tipo di procedura applicata;
- b) oggetto e entità della commessa;
- c) nome e indirizzo del committente;
- d) data dell'aggiudicazione;
- e) nome e indirizzo dell'offerente tenuto in considerazione;
- f) prezzo dell'offerta tenuta in considerazione.

Art. 24

Revoca,
interruzione
e ripetizione

¹ L'aggiudicazione può essere revocata sulla base di motivi importanti, segnatamente alle condizioni di cui all'articolo 22.

² Il committente può interrompere la procedura di aggiudicazione per motivi importanti.

³ La procedura può essere ripetuta in special modo se:

- a) non è stata presentata alcuna offerta atta a soddisfare i criteri o i requisiti fissati nell'avviso di gara o nella documentazione di gara;
- b) in seguito ad una modifica delle condizioni quadro sono da attendersi offerte più vantaggiose;
- c) le offerte presentate non garantiscono un'efficace concorrenza;
- d) si rende necessaria una modifica essenziale della prestazione richiesta;
- e) le offerte valide superano di gran lunga il limite dei costi.

⁴ La revoca, l'interruzione o la ripetizione della procedura vanno rese note secondo le prescrizioni sulla notifica dell'aggiudicazione.

VI. Protezione giuridica

Art. 25

Ricorso

¹ Contro le decisioni del committente può essere interposto ricorso al Tribunale amministrativo.

² Per decisioni impugnabili singolarmente mediante ricorso s'intendono:

- a) l'avviso di gara per la commessa;
- b) la decisione sulla scelta dei partecipanti nella procedura selettiva;
- c) l'aggiudicazione e l'esclusione dalla procedura;
- d) la revoca, l'interruzione e la ripetizione della procedura.

³ Appalti che giusta l'articolo 14 capoverso 1 numero 3 avvengono mediante incarico diretto non sono impugnabili.

Art. 26

¹ I ricorsi devono essere inoltrati in forma scritta e debitamente motivati, entro 10 giorni dalla notifica della decisione.

Procedura di ricorso

² La procedura deve svolgersi il più rapidamente possibile. I termini fissati dal giudice possono essere prorogati solo in seguito a fondati motivi e di regola una volta sola. Per il resto fanno stato per analogia le disposizioni del codice di procedura civile sulla procedura accelerata.

³ Non vengono applicate le prescrizioni sulle ferie giudiziarie.

Art. 27

¹ Il ricorso è proponibile contro:

Motivi di ricorso

a) le violazioni di diritto, compreso l'eccesso o l'abuso del potere di apprezzamento;

b) l'accertamento errato o incompleto di fatti giuridicamente rilevanti.

² È esclusa la censura dell'inadeguatezza.

Art. 28

¹ Il ricorso non ha effetto sospensivo.

Effetto sospensivo

² Il Tribunale amministrativo può, su richiesta o d'ufficio, accordare l'effetto sospensivo qualora il ricorso appaia sufficientemente motivato e non vi si oppongano interessi prevalenti, siano essi pubblici o privati.

³ Se l'effetto sospensivo viene accordato su richiesta del ricorrente e se esso può causare un notevole pregiudizio, il ricorrente può, entro un termine ragionevole, essere obbligato a prestare delle garanzie per le spese processuali e per eventuali risarcimenti in favore della controparte. Se la garanzia non viene prestata in termine utile, la decisione sull'effetto sospensivo decade.

⁴ Il ricorrente è tenuto a risarcire il danno derivante dalla concessione dell'effetto sospensivo, se ha agito intenzionalmente o con grave negligenza.

Art. 29

¹ Se il contratto non è ancora stato concluso, il Tribunale amministrativo può annullare la decisione e decidere esso stesso nel merito oppure può rinviare al committente la decisione, con o senza condizioni vincolanti.

Decisione su ricorso

² Se il contratto è già stato concluso ed il ricorso risulta fondato, il Tribunale amministrativo constata il carattere illegale della decisione.

Art. 30

¹ Il committente è responsabile dei danni derivanti dalla sua decisione, la cui illegalità è stata constatata dal Tribunale amministrativo.

Risarcimento dei danni

² Qualora sia ammessa la stipulazione anticipata del contratto, la responsabilità si limita alle spese risultate all'offerente in relazione alla procedura di aggiudicazione e di impugnazione.

³ La domanda di risarcimento dei danni va inoltrata al più tardi entro un anno dall'accertamento dell'illegalità.

⁴ La competenza e la procedura si conformano alle disposizioni del codice di procedura civile.

VII. Sanzioni

Art. 31

Violazione di prescrizioni di diritto del lavoro

¹ Il Governo e le autorità designate giusta atti normativi speciali sono competenti per l'accettazione di denunce da parte dei lavoratori, delle commissioni paritetiche o di altri organi di controllo.

² In caso di gravi contravvenzioni alle disposizioni in materia di protezione dei lavoratori e alle condizioni di lavoro oppure al principio della parità di trattamento tra uomo e donna, il Governo o l'autorità designata giusta gli atti normativi speciali può ammonire l'offerente colpevole o escluderlo da appalti futuri per una durata fino a cinque anni.

³ Qualora non esistano altre regolamentazioni di leggi speciali, tale decisione può essere impugnata entro 20 giorni mediante ricorso al Tribunale amministrativo.

⁴ Il dipartimento tiene un elenco degli offerenti esclusi dagli appalti pubblici. Tale elenco è accessibile ai committenti e agli organi di controllo, e contiene informazioni circa la durata dell'esclusione.

⁵ Altre autorità, che pronunciano sanzioni di diritto di aggiudicazione contro un'impresa in seguito a violazioni delle disposizioni in materia di protezione dei lavoratori o delle condizioni di lavoro, trasmettono al dipartimento incaricato dell'esecuzione delle prescrizioni sugli appalti pubblici una copia della relativa decisione.

Art. 32

Falsa autocertificazione

¹ Il committente può procedere contro offerenti che hanno fornito indicazioni non veritiere nell'autocertificazione e che hanno ottenuto l'appalto con:

- a) la revoca della commessa aggiudicata e la disdetta prematura del contratto;
- b) l'imposizione di una pena convenzionale prevista nella documentazione di gara o nel contratto, che può ammontare fino al 10 per cento dell'importo rettificato dell'offerta;
- c) l'esclusione da appalti futuri per una durata fino a cinque anni.

² Restano riservati ulteriori passi legali contro offerenti colpevoli.

Art. 33

Revoca di sovvenzioni

Le contravvenzioni alle disposizioni di aggiudicazione commesse da committenti sovvenzionati possono essere punite mediante una revoca totale o parziale delle sovvenzioni.

VIII. Statistica

Art. 34

Obbligo di statistica

¹ Ogni committente comunica le proprie commesse aggiudicate nel settore dei trattati internazionali al dipartimento competente per l'esecuzione della presente legge.

² Nel settore non contemplato dai trattati internazionali tutte le commesse che vengono aggiudicate nell'ambito del pubblico concorso e della procedura selettiva nonché della procedura a invito, vanno comunicate al dipartimento competente per l'esecuzione. In egual misura devono essere noti-

ficare tutte le commesse in procedura per incarico diretto, il cui valore di aggiudicazione supera i 50'000 franchi o che vengono aggiudicate sulla base di una deroga all'aggiudicazione.

³ La statistica contiene almeno le seguenti indicazioni:

- a) nome e indirizzo del committente;
- b) oggetto e entità della commessa;
- c) tipo di commessa;
- d) tipo di procedura applicata;
- e) nome, indirizzo e provenienza dell'offerente tenuto in considerazione;
- f) prezzo dell'offerta tenuta in considerazione;
- g) data dell'aggiudicazione.

⁴ Il dipartimento allestisce ogni anno una statistica e la trasmette agli interessati.

IX. Disposizioni finali

Art. 35

¹ Il Governo emana le relative disposizioni d'esecuzione.

Esecuzione

² Esso designa il dipartimento competente della formazione e del perfezionamento dei responsabili per gli appalti pubblici nel Cantone, della tenuta della statistica nonché dell'elaborazione di principi unitari e della comunicazione d'informazioni.

Art. 36

¹ Vengono abrogate:

Abrogazioni

- a) la Legge sugli appalti pubblici del 7 giugno 1998;
- b) i numeri 2-5 della decisione d'adesione del Cantone dei Grigioni al Concordato intercantonale sugli appalti pubblici del 25 novembre 1994.

² Se atti normativi vigenti rinviino a disposizioni in contrasto con la presente legge oppure con le relative disposizioni d'esecuzione, vengono applicate le prescrizioni corrispondenti della presente legge.

Art. 37

Tutte le commesse che all'entrata in vigore della presente legge sono già state messe a pubblico concorso rispettivamente sottoposte agli offerenti per la presentazione di un'offerta, vengono trattate secondo il diritto precedente.

Diritto
transitorio

Art. 38

¹ La presente legge sottostà al referendum facoltativo.

² Il Governo stabilisce l'entrata in vigore della presente legge.

Referendum
ed entrata in
vigore

In nome del Gran Consiglio
Il Presidente: *Hans Telli*
Il Cancelliere: *Claudio Riesen*

Data di pubblicazione: 19 febbraio 2004

Scadenza del termine di referendum: 19 maggio 2004

Referendum facultativ

Scadenza dal termin per il referendum: 19 da matg 2004

Lescha da submitsiun (Lsub)

dals 10 da favrer 2004

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin ils art. 5, 9 ed 11 da la lescha federala davart il martgà intern (LMI) dals 6 d'october 1995 e sin l'art. 13 da la cunvegna interchantunala davart las acquisiziuns publicas dals 15 da mars 2001 (CIAP), avend gi invista da la missiva da la regenza dals 4 da november 2003

concluda:

I. En general

Art. 1

Intent

¹ Questa lescha regla l'execuziun da la lescha federala davart il martgà intern en il sector da las acquisiziuns publicas sco er da las cunvegnas internaziunales ed interchantunales davart las acquisiziuns publicas.

² L'intent da questa lescha è oravant tut:

- a) da promover ina concurrenza efficazia tranter ils offerents;
- b) da tractar a moda eguala tut ils offerents sco er da garantir ina surdada imparziala;
- c) da promover il diever economic dals meds publics;
- d) da garantir la trasparenza e la protecziun giuridica tar proceduras da surdada.

Art. 2

Egualitad da las schlattainas

Las indicaziuns davart las persunas, las professiuns e las funcziuns en questa lescha sa refereschon a domaduas schlattainas uschenavant ch'i na resulta nagut auter or dal senn da questa lescha.

II. Champ d'applicaziun

Art. 3

Sector da contracts internaziunals

Questa lescha vegn applitgada per il sector cumpiglià da contracts internaziunals sche las cunvegnas internaziunales ed interchantunales relaschadas per quest intent na cuntengnan naginas regulaziuns u naginas regulaziuns definitivs.

Art. 4

¹ En il sector betg cumpiglià da contracts internaziunals vegn questa lescha applitgada per la surdada d'incarcas publicas da construcziun, furniziun e da prestaziuns da servetsch.

² Sco incumbensaders suttastattan a questa lescha il chantun, las vischnancas politicas ed auters purtaders d'incumbensas chantunals u communalas cun excepziun da lur activitads commerzialas u industrialas.

Sector betg cumpiglià da contracts internaziunals

1. En general

Art. 5

¹ Questa lescha vegn ultra da quai applitgada per instituziuns publicas sco er per interpresas privatas ch'èn dotadas cun dretgs exclusivs u spezial, mintgamai en ils secturs dal providiment d'aua, d'energia e da traffic sco er da la telecomunicaziun.

² Ellas suttastattan a questa lescha però be per incaricas ch'ellas surdattan en quels secturs per exequir lur activitads.

³ Incumbensaders privats ch'èn activs en ils secturs pon sa laschar deliberar dal champ d'applicaziun, sche autras interpresas han la pussaivladad da porscher questas prestaziuns da servetsch en il medem territori geografic sut essenzialmain las medemas cundiziuns (clausula d'exemziun).

2. Interpresas sectorialas

Art. 6

¹ Questa lescha vegn applitgada per autras instituziuns, per autras corporaziuns ed organisaziuns:

- a) sch'i vegnan pajads daners publics che importan dapli che la mesadad dals custs totals dal project d'acquisiziun;
- b) sch'il chantun paga contribuziuns considerablas;
- c) sch'il donatur da subvenziuns pretenda en sia garanzia da contribuziun che las prescripziuns da submissiun vegnian resguardadas.

² La regenza regla ils detagls.

3. Sector subvenziunà

Art. 7

¹ Questa lescha na vegn betg applitgada per incaricas ad instituziuns d'impedids, instituziuns da beneficenza e prashuns sco er per l'acquisiziun d'armas e da muniziun.

² Incaricas na ston betg vegnir surdadas tenor questa lescha, sche:

- a) l'urden public u la segirezza publica èn periclitads;
- b) la protecziun da la sanadad e da la vita dals umans, animals e da las plantas pretenda quai;
- c) dretgs da protecziun da la proprietad intellectuala vegnan violads.

4. excepziuns

Art. 8

Offerents da stadis che na concedan nagin dretg reciproc, na pon betg far valair pretensiuns da questa lescha.

Dretg reciproc

Art. 9

¹ Surdadas d'incumbensaders extrachantunals, èn suttamessas da princip al dretg dal lieu da sia sedia. Suttametta l'incumbensader l'acquisiziun al dretg da la sedia da la furniziun da la prestaziun, sto el communitgar quai il pli tard en ils documents da publicaziun.

Incumbensaders spezial

² Surdadas, a las qualas plirs incumbensaders èn sa participads, suttastattan al dretg da la sedia da l'incumbensader principal. Cunvegnas divergentas restan resalvadas e ston vegnir communitgadas il pli tard en ils documents da publicaziun.

III. Principjs

Art. 10

Declaranza
persunala

¹ L'incumbensader garantescha en il rom d'ina declaranza persunala che l'offerent:

- a) observa las disposiziuns per la protecziun da lavur e las cundiziuns da lavur vertentas;
- b) oblighescha er per contract terzas personas, a las qualas el dat vinavant incaricas, d'observar las disposiziuns per la protecziun da lavur e las cundiziuns da lavur;
- c) haja pajà tut las taglias e contribuziuns da l'assicuranza sociala che ston vegnir pajadas;
- d) n'haja fatg naginas cunvegnientschas u autras mesiras che pregiuditgeschan la concorrenza;
- e) na sa chatta ni en ina procedura da concurs u da relasch ni ch'i saja vegnì exequì tar el ina sequestraziun en ils davos dudesch mais.

² Sin dumonda ha mintga offerent da cumprovar la correctadad da las indicaziuns fatgas e d'autorisar l'incumbensader da controllar quai.

³ Avant che conceder l'agiudicaziun po l'incumbensader pretender d'in offerent che sa chatta en ina procedura d'accumodament ina segirezza commensurada.

Art. 11

Disposiziuns
per la
protecziun da
lavur e
cundiziuns da
lavur

¹ Sco disposiziuns per la protecziun da lavur valan en spezial decrets davart la protecziun dal lavurant e davart l'assicuranza encunter accidents.

² Sco cundiziuns da lavur valan en spezial las prescripziuns dal contract collectiv da lavur e dals contracts normals da lavur; là nua che quels mancan, valan las prescripziuns localas e da la professiun.

³ L'autorità executiva a basa d'ina lescha speziala u autras instanzas numnadas da la regenza, oravant tut las cumissiuns pariteticas e tripartitas, controllan che las disposiziuns per la protecziun da lavur e las cundiziuns da lavur sco er il tractament egual d'um e dunna vegnian observadas. L'incumbensader po consultar questas autoritads ed instanzas da tut temp.

Art. 12

Recusaziun
ed occupa-
ziun preli-
minara

¹ In commember da l'autorità da surdada ha da prender recusaziun, sch'el sez, ses consort u personas ch'èn parentadas u quinadas cun el fin al terz grad, han in interess direct al resultat d'ina procedura da surdada u sche autras circumstanzas al laschan supponer implitgà.

² Personas u interpresas na sa dastgan betg participar sco offerents a la procedura, sch'ellas:

- a) han fatg ils documents da publicaziun;
- b) sch'ellas han cooperà a la preparaziun da la procedura da surdada a moda ch'ellas han uschia in avantatg d'enconuschientscha considerabel che

na po betg vegnir egualisà da l'interprendider u sch'ellas pon influenzar la surdada a lur favur.

IV. Proceduras da surdada ed offerents speziales

Art. 13

¹ I vegnan distinguids ils sequents tips da procedura:

tips da
procedura

- a) La procedura averta, tar la quala l'incumbensader communitgescha l'incarica publicamain e tut ils offerents pon inoltrar ina offerta.
- b) La procedura selectiva, tar la quala l'incumbensader communitgescha l'incarica publicamain e tut ils offerents pon inoltrar ina dumonda da partecipaziun. L'incumbensader determinescha, sin fundament da criteris da qualificaziun, ils offerents che dastgan inoltrar in'offerta en ina segunda fasa. L'incumbensader po limitar il dumber dals offerents envidads d'inoltrar in'offerta, sche la surdada da l'incarica na po uschiglio betg succeder en moda effizienta. Ina concorrenza efficazia sto dentant esser garantida.
- c) La procedura d'invit, tar la quala l'incumbensader determinescha tge offerents che vegnan envidads directamain e senza publicaziun d'inoltrar in'offerta. L'incumbensader sto sche pussaivel dumandar almain trais offertas.
- d) La procedura averta, tar la quala l'incumbensader surdat directamain ina incarica senza manar tras ina procedura da surdada formala, oravant tut senza ina publicaziun. Igl è admiss da dumandar offertas da concorrenza.

² L'incumbensader che organisescha ina concorrenza da planisaziun u per prestaziuns globalas regla la procedura en il singul cas, e quai en il rom dals principis da questa lescha. En quest connex po el rinviar dal tuttafatg u parzialmain a disposiziuns respectivas da federaziuns spezialisadas, sche talas disposiziuns n'èn betg cuntrarias als principis da questa lescha.

Art. 14

¹ En il sector betg cumpiglià da contracts internaziunals vegnan applitgadas las sequentas proceduras:

Tscherna da
la procedura
e valurs
minimalas

1. La procedura averta u selectiva per surdadas:
 - a) d'incaricas da l'industria principala da construcziun sur 400'000 francs;
 - b) d'incaricas da l'industria secundara da construcziun sur 150'000 francs;
 - c) d'incaricas da furniziun sur 150'000 francs;
 - d) d'incaricas da prestaziuns da servetsch sur 250'000 francs.
2. La procedura d'invit per surdadas:
 - a) d'incaricas da l'industria principala da construcziun sur 100'000 e sut 400'000 francs;
 - b) d'incaricas da l'industria secundara da construcziun sur 50'000 e sut 150'000 francs;
 - c) d'incaricas da furniziun sur 50'000 e sut 150'000 francs;
 - d) d'incaricas da prestaziuns da servetsch sur 100'000 e sut 250'000 francs.

3. La procedura directa per surdadas:

- a) d'incaricas da l'industria principala da construcziun sut 100'000 francs;
- b) d'incaricas da l'industria secundara da construcziun sut 50'000 francs;
- c) d'incaricas da furniziun sut 50'000 francs;
- d) d'incaricas da prestaziuns da servetsch sut 100'000 francs.

² Observond il dretg surordinà po la regenza decider, d'adattar las valurs minimalas.

Cuminanzas
d'offerents

³ La regenza regla ils detagls, numnadamain las excepziuns e la calculaziun da la valur d'incarica.

Art. 15

¹ Sche la furmaziun da cuminanze d'offerents na vegn betg esclusa u restrenschiada explicitamain en la publicaziun u en ils documents da publicaziun, alura pon inoltrar pliras interpresas in'offerta cuminaivla.

² En cas da cuminanze d'offerents ston vegnir numnads detagliadamain ils singuls commembers en l'offerta.

³ Mintga singul commember da la cuminanza d'offerents ha d'observar las disposiziuns per la protecziun da lavur e las cundiziuns da lavur.

Unter-
vergeben

⁴ L'offerta e la declaranza persunala ston vegnir suttascrittas da tut ils commembers da la cuminanza d'offerents.

Art. 16

¹ La subsurdada d'incaricas dastga succeder per regla mo cun il consentiment da l'incumbensader e mo per prestaziuns subordinadas u spezialas. La prestaziun caratteristica da l'incarica ha da princip da furnir l'offerent.

² L'incumbensader po pretender da l'offerent en spezial las sequentas indicaziuns:

- a) tip e dimensiun da las prestaziuns che duain vegnir subsurdadas;
- b) num e domicil da las interpresas partecipadas a la realisaziun;
- c) cumprova da la qualificaziun da questas interpresas.

Inoltraziun

V. Einreichung und Behandlung der Angebote

Art. 17

¹ Las offertas, emplenidas cumplettamain e munidas cun las suttascripziuns giuridacamain valaivlas, ston vegnir inoltradas per mauns dal post numnà en la publicaziun u en ils documents da publicaziun.

² Ellas ston esser marcadadas sin la cuverta d'inoltraziun cun la remartga pretendida (chavazzin) e bain visibla e ston vegnir inoltradas per posta entaifer il termin inditgà.

Obligaziun

³ La regenza regla ils detagls e las excepziuns.

Art. 18

¹ Las offertas pon mo vegnir retratgas durant il termin d'inoltraziun tras in avis en scrit.

² Na cuntengnan ils documents da publicaziun nagina disposiziun davart la durada da l'obligaziun da las offertas, alura restan quellas obligatorias durant sis mais, quintà a partir dal termin d'inoltraziun.

Art. 19

¹ Tractativas tranter l'incumbensader ed ils offerents davart pretschs, reducziuns da pretschs e davart midadas dal cuntegn da la prestaziun en quel connex èn inadmissiblas.

Scumond da tractativas

² En la procedura directa èn admessas tractativas.

Art. 20

¹ Per giuditgar la qualificaziun dals offerents e las cumprovas che ston vegnir procuradas fixescha l'incumbensader criteris objectivs.

Criteris da qualificaziun

² Ils criteris da qualificaziun pertutgan oravant tut la capacitat professiunala, finanziaria, economica, tecnica ed organisatoria dals offerents.

³ L'incumbensader resguarda cun fixar ils criteris da qualificaziun e las cumprovas che ston vegnir procuradas il tip e la dimensiun da l'incarica.

Art. 21

¹ L'offerta economicamain la pli favuraivla survegn l'aggiudicaziun.

Criteris d'aggiudicaziun

² Resguardads pon vegnir spezialmain criteris sco la qualitat, il pretsch, l'experientscha, l'opportunitad, ils termins, la valor tecnica, l'estetica, ils custs da gestiun, la persistenza, la creativitat, il servetsch al client, l'infrastructura e la scolaziun d'emprendists.

³ L'incumbensader communitescha en la publicaziun u en ils documents da publicaziun ils criteris d'aggiudicaziun che vegnan applitgads cun lur valor u en successiun tenor lur impurtanza.

⁴ L'aggiudicaziun per acquisiziuns pli u main standardisadas po succeder unicamain tenor il criteri dal pretsch il pli favuraivel. Quai è da princip er da supponer en quel cas, sche l'incumbensader n'ha betg communitgà als offerents ils criteris d'aggiudicaziun.

Art. 22

In'offerta na vegn betg resguarda spezialmain en quel cas, sche l'offerent:

Motivs d'exclusiun

- a) na scriva betg u na scriva betg correctamain l'adressa u la remartga (chavazzin) pretendida sin la cuverta d'inoltraziun u n'observa betg il termin d'inoltraziun;
- b) inoltescha in'offerta u ina decleranza persunala che na cuntegna betg u betg complettamain sia sottascripziun u – en cas d'ina cuminanza d'offerents – quellas dals ulteriurs contrahents;
- c) inoltescha in'offerta ch'è incompleta u che na corresponda betg a las pretaisas da la publicaziun;
- d) n'ademplescha betg u betg pli ils criteris da qualificaziun pretendids;
- e) ha dà infurmaziuns faussas a l'incumbensader u n'ha betg emplenì la decleranza persunala conform a la vardad;
- f) n'ha betg pajà las taglias u las contribuziuns socialas;
- g) n'ademplescha betg las cundiziuns decisivas davart la protecziun da lavur e las cundiziuns da lavur u che na resguarda betg la prescripziun da tractar a moda eguala um e dunna;
- h) ha fatg cunvegns che elimineschan u fan considerablamian donn a la concorrenza efficaia;
- i) n'observa betg las prescripziuns da la protecziun da l'ambient;

- j) n'ha betg exequì a moda professiunala u conferma al termin autras incaricas respectivmain sch'el dat vinavant motiv a reclamaziuns;
- k) sa chatta en ina procedura da concurs u ch'igl è vegnì exequì tar el ina sequestraziun en ils davos dudesch mais;
- l) è vegnì sentenzià penalmain en connex cun ademplir autras incaricas;
- m) ha cooperà a la preparaziun da la procedura da surdada en il senn da l'art. 12 alinea 2.

Art. 23

Communica-
ziun da
l'agiudicaziun

¹ L'agiudicaziun sto vegnir motivada en moda concisa e communitgada cun l'indicaziun dals meds legals a tut ils offerents a medem temp.

² L'incumbensader po delegar internamain la cumpetenzza da communitgar.

³ En il sector da contracts internaziunals publitzescha l'incumbensader il pli tard 72 dis suenter l'agiudicaziun ina comunicaziun che ha da cumparair almain en il feigl uffizial chantunal. Questa comunicaziun cuntegna las sequentas indicaziuns:

- a) tip da la procedura applitgada;
- b) object e dimensiun da l'incarica;
- c) num ed adressa da l'incumbensader;
- d) data da l'agiudicaziun;
- e) num ed adressa da l'offerent resguardà;
- f) pretsch da l'offerta resguardada.

Art. 24

Revocaziun,
interrupziun
e repetiziun

¹ L'agiudicaziun po vegnir revocada per motivs impurtants, spezialmain sut las premissas da l'artigel 22.

² L'incumbensader po interromper la procedura per motivs impurtants.

³ La procedura po vegnir repetida, numnadamain sche:

- a) i n'è vegnì inoltrà nagin'offerta che ademplescha ils criteris u las pretaisas da la publicaziun e dals documents da publicaziun;
- b) pervi da cundiziuns da basa midadas ins po spetgar offertas pli bunmartgadas;
- c) las offertas inoltradas na garanteschon nagina concorrenza efficazia;
- d) ina midada essenziala da la prestaziun dumandada è daventada necessaria;
- e) las offertas valaivlas surpassan considerablmain il preventiv.

⁴ La revocaziun, interrupziun u repetiziun da la procedura sto vegnir communitgada tenor las prescripziuns davart l'avertura da l'agiudicaziun.

VI. Protecziun giuridica

Art. 25

Recurs

¹ Cunter la disposiziun da l'incumbensader po vegnir fatg recurs tar la dretgira administrativa.

² Sco disposiziuns contestablas independentamain tras recurs valan:

- a) la publicaziun da l'incarica;
- b) la decisiun davart la tscherna dals participants a la procedura selectiva;
- c) l'agiudicaziun e l'exclusiun da la procedura;
- d) la revocaziun, l'interrupziun e la repetiziun da la procedura.

³ Acquisiziuns che vegnan fatgas tenor l'artitgel 14 alinea 1 cifra 3 en la procedura directa n'èn betg contestablas.

Art. 26

¹ Recurs ston ins inoltrar en scrit e motivads entaifer diesch dis dapi la communicaziun da la disposiziun.

Procedura da
recurs

² La procedura duai vegnir exequida uschè spert sco pussaivel. Ils termins giudizials dastgan vegnir prolungads mo per motivs plausibels e per regla mo ina giada. Dal rest valan conform al senn las disposiziuns davart la procedura accelerada tenor la procedura civila.

³ Las prescripziuns davart las vacanzas da dretgira na vegnan betg applitgadas.

Art. 27

¹ Cun il recurs pon vegnir reprimandas:

Motivs da
recurs

- a) violaziuns da dretg, inclusiv il surpassament u l'abus dal parairi;
- b) la constataziun nuncorrecta u incumpletta dals fatgs giuridicamain relevants.

² La reprimanda da l'inadequatezza è esclusa.

Art. 28

¹ Il recurs n'ha betg in effect suspensiv.

Effect
suspensiv

² La dretgira administrativa po dar, sin dumonda u d'uffizi, l'effect suspensiv, sch'il recurs para d'esser motivà suffizientamain e sche nagins interess predominants publics u privats na s'opponan.

³ Sche l'effect suspensiv vegn ordinà sin dumonda dal recurrent e sch'el po chaschunar in dischavantatg impurtant, alura po il recurrent vegnir obligà, a temp util, da pajar garantias per ils custs da procedura e per eventualas indemnisaziuns da las partidas. Sche la garanzia na vegn betg pajada entaifer il termin fixà, alura damenta la decisiun davart l'effect suspensiv nunvalaivla.

⁴ Il recurrent è obligà d'indemnisar il donn ch'è vegnì chaschunà da ses agir a moda intenziunada u per greva negligentscha sco resultat da l'effect suspensiv.

Art. 29

¹ Sch'il contract n'è betg anc concludì, alura po la dretgira administrativa concluder l'annullaziun da la disposiziun e decider senza en chaussa u rinviar quella a l'incumbensader cun u senza instrucziuns obligatorias.

Decisiun da
recurs

² Sch'il contract è gia concludì e sch'il recurs è motivà, alura constatescha la dretgira administrativa che la disposiziun è illegala.

Art. 30

¹ L'incumbensader stat bun per il donn ch'el ha chaschunà tras ina decisiun, da la quala l'illegalità è vegnida constatada da la dretgira administrativa

Indemnisaziun

² Sch'ina conclusiun anticipada dal contract è permessa, alura sa restrenscha il star bun ad expensas che l'offerent ha gì en connex cun la procedura da surdada e da meds legals.

³ La dumonda d'indemnisaziun sto vegnir inoltrada enfin il pli tard in onn suenter la constataziun da l'illegalità.

⁴ La cumpetenzza e la procedura sa drizzan tenor las directivas da la procedura civila.

VII. Sancziuns

Art. 31

Violaziun da
las disposi-
ziuns per
dretg da lavur

¹ La regenza e las autoritads ch'èn inditgadas en ils decrets spezials èn cumpetentas da prender encunter atgisas da vart dals lavurants, da cumisiuns pariteticas e d'auters organs da controlla.

² En cas da grevas cuntravenziuns cunter las disposiziuns per la protecziun da lavur e las cundiziuns da lavur sco er cunter il princip dal tractament egual d'um e dunna po la regenza u l'autorità ch'è inditgada en ils decrets spezials avertir l'offerent fallibel u excluder el da surdadas futuras per ina durada da fin tschintg onns.

³ Uschenavant ch'i na dat naginas autras regulaziuns a basa d'ina lescha speziala, po questa decisiun vegnir contestada cun in recurs entaifer 20 tar la dretgira administrativa.

⁴ Il departament maina ina glista dals offerents ch'èn exclus da las acquisiziuns publicas. Questa glista è accessibla als incumbensaders sco er als organs da controlla ed infurmescha davart la durada da l'exclusiun.

⁵ Autras autoritads che pronunzian sancziuns dal dretg da surdada cunter ina interpresa pervi da la violaziun da la protecziun da lavur u da las cundiziuns da lavur consegnan ina copia da la decisiun correspondent al departament ch'è incaricà cun l'execuziun da las prescripziuns da submissiun.

Art. 32

Decleranza
persunala
faussa

¹ L'incumbensader po proceder cunter l'offerent ch'ha fatg en la decleranza persunala indicaziuns cuntrarias a la vardad e ch'ha survegni l'agiudicaziun cun:

- a) la privaziun da l'incarica surdada e l'annullaziun anticipada dal contract;
- b) imponer in chasti convenziunal ch'è previs en ils documents da publicaziun u en in contract da fin a 10% da la summa d'offerta verifitgada;
- c) l'exclusiun d'acquisiziuns futuras per maximalmain tschintg onns.

² Ulteriurs pass giuridics encunter ils offerents fallibels restan resalvads.

Art. 33

Privaziun da
contribuziuns

Cuntravenziuns da las disposiziuns da surdada tras incumbensaders subvenziunads pon vegnir sancziunadas cun la privaziun parziala u totala da la subvenziun.

VIII. Statistica

Art. 34

Obligaziun
da far ina
statistica

¹ Mintga incumbensader communitgescha sias incaricas surdadas a l'intern da ses sector da contracts internaziunals al departament ch'è responsabel per l'execuziun da questa lescha.

² En il sector betg cumpiglià da contracts internaziunals ston tut las incaricas che vegnan surdadas en la procedura directa e selectiva sco er en la procedura d'invit vegnir communitgadas al departament ch'è responsabel per l'execuziun. Medemamain ston vegnir communitgadas tut las incaricas ch'èn vegnidas surdadas cun la procedura directa, da las qualas la summa da

surdada surpassa 50'000 francs u las qualas èn vegnidas surdadas pervi d'ina regulaziun excepziunala.

³ Questa statistica cuntegna almain las sequentas indicaziuns:

- a) num ed adressa da l'incumbensader;
- b) object e dimensiun da l'incarica;
- c) tip d'incarica;
- d) tip da procedura tschernì;
- e) num, adressa ed origin da l'offerent resguardà;
- f) pretsch da l'offerta resguardada;
- g) data da l'agiudicaziun.

⁴ Il departament fa mintg'onn ina statistica e trasmetta quella als circuls interessads.

IX. Disposiziuns finalas

Art. 35

¹ La regenza relascha las disposiziuns executivas.

Execuziun

² Ella inditgescha il departament ch'è cumpetent per la scolaziun ed il perfecziunament dals responsabels da submissiun en il chantun, per manar la statistica sco er per elavurar ina basa unifitgada e per dar infurmaziuns.

Art. 36

¹ Abrogads vegnan:

Aboliziun dal dretg vertent

- a) la lescha da submissiun dals 7 da zercladur 1998;
- b) las cifras 2 fin 5 dal conclus da participaziun dal chantun Grischun a la cunvegna interchantunala davart las acquisiziuns publicas dals 25 da november 1994.

² Rinavian decreti vertents a disposiziuns che stattan en cuntradicziun cun questa lescha u sias disposiziuns executivas, alura vegnan applitgadas las disposiziuns correspondentas da questa lescha.

Art. 37

Tut las incaricas ch'èn gia vegnidas publitgadas u ch'èn gia vegnidas suttamessas als offerents per far offertas il mument da l'entrada en vigur da questa lescha vegnan tractadas tenor il dretg d'enfin uss.

Dretg transitori

Art. 38

¹ Questa lescha è suttamessa al referendum facultativ.

Referendum ed entrada en vigur

² La regenza fixescha il termin da l'entrada en vigur da questa lescha.

En num dal cussegl grond
Il president: *Hans Telli*
Il cancellier: *Claudio Riesen*

Data da publicaziun: 19 da favrer 2004

Scadenza dal termin per il referendum: 19 da matg 2004